



FRAGE

Angesichts rückläufiger Frühindikatoren häufen sich zuletzt die Überlegungen über weitere mögliche Stützungsmaßnahmen für die Konjunktur. IWF-Chefin Christine Lagarde hat die Bundesregierung aufgefordert, im Fall eines Exportrückgangs in Deutschland ein Konjunkturprogramm aufzulegen. Halten Sie einen solchen Schritt im Falle eines Exportrückgangs für sinnvoll?

Prof. Dr. Siegfried Franke Abteilung theoretische Volkswirtschaftslehre, Universität Stuttgart:

Die zuständigen Verwaltungen können zusätzliche Mittel kaum in der erforderlichen kurzen Frist einsetzen. Dagegen sprechen haushaltsrechtliche und sachliche Überlegungen.

Prof. Dr. Klaus Röder Lehrstuhl für Betriebswirtschaftslehre, insb. Finanzdienstleistungen, Universität Regensburg:

Erhöht nur die Verschuldung.

Prof. Dr. Thomas Gries Lehrstuhl für Internationale Wachstums- und Konjunkturtheorie, Universität Paderborn:

Eine Wirtschaft kann nicht nachhaltig von Dauerkonjunkturprogrammen angetrieben werden. Wenn dies erforderlich zu sein scheint, müssen strukturelle Probleme die Ursache sein. Diese müssen identifiziert und gelöst werden.

Dr. Martin Gasche Forschungsbereichsleiter "Alterssicherung und Sozialpolitik", MEA - Mannheimer Forschungsinstitut Ökonomie und Demographischer Wandel:

Konjunkturprogramme sind nur in Krisensituationen sinnvoll.

Prof. Dr. Nikolaus Wolf Lehrstuhl für Wirtschaftsgeschichte, Humboldt-Universität zu Berlin:

Es ist zur Zeit eher ein glaubhafter Konsolidierungskurs gefragt.

Prof. Dr. Friedrich Breyer Lehrstuhl für Wirtschafts- und Sozialpolitik, Universität Konstanz:

Die Staatsverschuldung ist schon jetzt zu hoch.

Prof. Dr. Ulrich van Suntum Lehrstuhl am Institut für Siedlungs- und Wohnungswesen, Westfälische Wilhelms-Universität Münster:

Es kann nicht immer Aufschwung sein. Ein Rückgang des derzeit starken Wachstums ist normal und rechtfertigt keine neuen Schulden. Davon haben wir ohnehin schon viel zu viel.

Prof. Dr. Günter Franke Lehrstuhl für Betriebswirtschaftslehre insbesondere Internationales Finanzmanagement, Universität Konstanz:

Der Exportüberschuss ist gegenwärtig weiterhin hoch.

Prof. Dr. Carsten Hefeker Professur für Europäische Wirtschaftspolitik, Universität Siegen:

Das erscheint im Moment nicht finanzierbar.



Prof. Dr. Juergen von Hagen Lehrstuhl am Institut für International
Wirtschaftspolitik, Rheinische Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn:

Es handelt sich für Deutschland um eine Normalisierung des Wachstums. Kein Grund für ein
"Paket", das ohnehin weitgehend verpuffen würde.

Prof. Dr. Michael Frenkel Lehrstuhl für Makroökonomik, WHU – Otto Beisheim School of
Management:

Die deutsche Wirtschaft erscheint stabil genug, um einen begrenzten Exportrückgang nicht zum
Auslöser einer tiefen Rezession werden zu lassen.

Dr. Justina A.V. Fischer Lehrstuhl für Finanzwissenschaft, Universität Hamburg:

Der Grund ist ein weltwirtschaftlicher, die Binnennachfrage kann dies sowieso nicht kompensieren,
und woher sollte das Geld dafür kommen? Vom Eurorettungsschirm?

PD Dr. Friedrich Heinemann Leiter des Forschungsbereichs Unternehmensbesteuerung und
öffentliche Finanzwirtschaft, Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung Mannheim:

Diskretionäre Konjunkturprogramme sind auf einmalige Ausnahmesituationen zu begrenzen. Es ist
noch überhaupt nicht sicher, ob wirklich ein so düsteres Szenario wie nach der Lehman-Pleite
vorliegt. Vorläufig sollte man einfach die automatischen Stabilisatoren wirken lassen. Denkbar wäre
es allerdings, ohnehin erwogene Steuerreformen (Absenkung Grenzsteuersatz für
Durchschnittsverdiener, Abschaffung der kalten Progression) nun beschleunigt in Angriff zu
nehmen.

Prof. Dr. Mathias Erlei Lehrstuhl für Volkswirtschaftslehre, TU Clausthal:

Die jetzige Krise ist eine Vertrauenskrise, die durch weiteres Aufblähen der Haushaltsdefizite nur
verschlimmert wird.

Prof. Dr. Bruno Schönfelder Lehrstuhl für Allgemeine VWL, TU Bergakademie Freiberg:

Das ist völlig daneben. Grundwissen in der monetären Außenwirtschaftstheorie sollte genügen, um
das einzusehen.

Prof. Dr. Thomas Apolte Lehrstuhl für Wirtschaftspolitik am Institut für Ökonomische Bildung,
Westfälische Wilhelms-Universität Münster:

Unser Problem ist die Schuldenkrise in Europa. Eine Fortsetzung der Konjunktur in Deutschland
sowie ein Aufschwung in den Krisenländern erfordert Vertrauen in die Konsolidierung und die
Tragfähigkeit der Fiskalpolitik. Weitere Schulden sind das Gegenteil davon.

PD Dr. Jochen Kurt Hartwig Leiter der Sektion Internationale Konjunktur,
Konjunkturforschungsstelle der ETH Zürich:

Die deutsche Binnenkonjunktur läuft gut genug.

Dr. Klaus Schrüfer Leiter Investment Strategy, Santander Bank:

Die Konjunktur in Deutschland ist nach wie vor relativ robust. Daher sollte die Konsolidierung der
Staatsfinanzen weiterhin im Fokus stehen.



Prof. Dr. Frank Bulthaupt Lehrstuhl für Kapitalmärkte und Volkswirtschaftslehre, Hochschule der Sparkassen-Finanzgruppe:

Die Bundesregierung sollte die automatischen Stabilisatoren wirken lassen. Ein Konjunkturprogramm wirkt nur kurzfristig und verursacht dauerhafte Schulden.

Prof. Dr. Dr. h.c. Franz Peter Lang Institut für Volkswirtschaftslehre, TU Braunschweig:

Konjunkturprogramme haben sich häufig als Strohfeuer gezeigt, die während ihrer Umsetzung Engpässe verursachen und nach ihrem Abschluss erhöhte Staatsschulden hinterlassen. Zudem wirkt das voreilig vor dem Hintergrund der Finanzkrise aufgelegte Konjunkturprogramm immer noch.

Dr. Marco Bargel Chefvolkswirt, Postbank AG:

Für Konjunkturprogramme fehlt das Geld. Haushaltskonsolidierung sollte im Moment absolute Priorität eingeräumt werden.

Dr. Boris Augurzky Kompetenzbereichsleiter Gesundheit, Rheinisch-Westfälisches Institut für Wirtschaftsforschung e.V.:

Man kann nicht bei jedem Abschwung eingreifen und Schulden aufbauen.

Prof. Dr. Michael Heise Chefvolkswirt und Leiter, Allianz Economic Research & Development:

Die deutsche Binnenkonjunktur ist robust. Es bedarf von daher keines staatlichen Anschubs. Ohnehin ist ein Konjunkturprogramm angesichts der Konsolidierungserfordernisse nur im Notfall - also im Falle einer scharfen Rezession - sinnvoll.

Prof. Dr. Olaf Hübler Institut für empirische Wirtschaftsforschung, Leibniz-Universität Hannover:

Der Schuldenabbau muss eindeutig Vorrang vor Konjunkturprogrammen in Deutschland haben.

Prof. Dr. Peter Oberender ehemaliger Inhaber des Lehrstuhls für Wirtschaftstheorie, Universität Bayreuth:

Solche Programm bringen erfahrungsgemäß wenig.

Dr. Dirk H. Ehnts Am Lehrstuhl für Internationale Wirtschaftsbeziehungen, Carl-von-Ossietzky-Universität Oldenburg:

Ein starker Rückgang der Nachfrage heute würde bei gegebenen schwachen Finanzsystem ziemlich wahrscheinlich zu einer sich selbst verstärkenden Schulden-Deflation à la Irving Fischer (1933) führen - dies sollte unbedingt vermieden werden.

Prof. Dr. Horst Löchel German Centre of Banking and Finance, Frankfurt School of Finance & Management:

Zum einen wird Deutschland trotz des Exportrückgangs noch gut dastehen, zum anderen muss in der gegenwärtigen Lage die Begrenzung der Staatsschulden im Vordergrund stehen.



Prof. Dr. Renate Ohr Lehrstuhl für Volkswirtschaftslehre, insbesondere Wirtschaftspolitik, Georg-August-Universität Göttingen:

Nicht auf jede Nachfrageschwankung sollte sofort mit Konjunkturprogrammen reagiert werden. Die Probleme einer fortwährenden antizyklischen Fiskalpolitik sind hinlänglich bekannt. Sie führen letztlich zu immer höherer Staatsverschuldung.

Prof. Dr. Michael Braulke Lehrstuhl für VWL-Außenwirtschaft, Universität Osnabrück:

Dem Inlandskonsum müsste man Beine machen. Das können aber eher die Tarifparteien als der Staat.

Dr. Michael Stahl Geschäftsführer Volkswirtschaft/Bildung, Arbeitgeberverband Gesamtmetall:

Konsum und Investitionen im Inland sind in guter Fassung und sollten mögliche Abschwächungen beim Export ausgleichen.

Dr. Martin Gasche Forschungsbereichsleiter "Alterssicherung und Sozialpolitik", MEA - Mannheimer Forschungsinstitut Ökonomie und Demographischer Wandel:

Konjunkturprogramme sind nur in schweren Krisen sinnvoll.

Prof. Gabriel Felbermayr, Ph.D. Forschungsbereich Internationaler Handel, ifo Institut und Ludwig-Maximilians-Universität München:

Für die nächsten Wochen muss sich Schäuble Feuerkraft erhalten für den Fall, dass die Banken noch mal einer starken Stützung bedürfen (z.B. wenn Griechenland seine Schulden nicht bedient) und/oder dass noch einmal Milliarden zur Stützung der Beschäftigung (Kurzarbeit) gebraucht werden.

Prof. Dr. Bernd Raffelhüschen Leiter des Instituts für Finanzwissenschaft I, Albert-Ludwigs-Universität Freiburg:

Diese Programme haben noch nie genutzt...

Prof. Dr. Martin Kocher Lehrstuhlinhaber, Verhaltensökonomik und experimentelle Wirtschaftsforschung, Ludwig-Maximilians-Universität München:

Die momentane konjunkturelle Verlangsamung lässt sich ursächlich nur bekämpfen, indem man die Unsicherheit auf den Märkten und die Ursachen für langfristige Ungleichgewichte in Europa beseitigt. Ein groß angelegtes Konjunkturprogramm für Deutschland wäre, wenn überhaupt, zweitrangig.

Prof. Jürgen Kähler, Ph.D. Institut für Wirtschaftswissenschaft , Friedrich-Alexander-Universität Erlangen-Nürnberg:

Es bestehen grundsätzliche Zweifel an der Wirksamkeit fiskalischer Konjunkturprogramme. Außerdem ist zurzeit die Konsolidierung des Haushalts wichtiger als die Stützung der Konjunktur.

Prof. Dr. Dr. h.c. Franz Peter Lang Institut für Volkswirtschaftslehre, TU Braunschweig:

Das expansive Programm aus der sogenannten Finanzkrise wirkt ja noch nach und hat den autonom angelaufenen Belebungsprozess nach der Krise verstärkt. Ein neuerliches Programm würde lediglich Preissteigerungen induzieren und (weil defizitfinanziert) den Schuldenstand



erhöhen. Hohe Staatsschulden generieren jedoch vor allem die Erwartung künftiger Steuererhöhungen und diese könnten die privatwirtschaftliche Aktivität dämpfen bzw. ins Ausland verdrängen.

Prof. Dr. Michael Roos Lehrstuhl für Makroökonomik , Ruhr-Universität Bochum:

Die Belastungen für den Haushalt wären zu hoch angesichts der drohenden Belastungen durch die Schuldenkrise.

Prof. Dr. Ralf Fendel Lehrstuhl für Monetäre Ökonomik, WHU – Otto Beisheim School of Management:

An einer weiteren Konsolidierung des Haushaltes führt kein Weg vorbei, auch wenn diese wegen der konjunkturellen Gefahren noch nicht sofort einsetzen sollte. Ein Konjunkturprogramm wäre der falsche Weg. Was der Volkswirtschaft fehlt, ist Vertrauen. Umfangreiche Konjunkturprogramme werden dies nicht schaffen; eher im Gegenteil: drängende Probleme werden wieder auf Kosten unserer Kinder in die Zukunft verlagert.

Prof. Dr. Juergen B. Donges Emeritus am Institut für Wirtschaftspolitik, Universität Köln:

Keynesianische Expansionspolitik ist nicht gerade besonders effektiv. Und sie passt überhaupt nicht in eine Zeit, in der der Staat Schulden abbauen muss, um die Wachstumsgrundlagen für die Zukunft zu festigen.

Prof. Dr. Aloys Prinz Institut für Finanzwissenschaft II, Westfälische Wilhelms-Universität Münster:

Es gibt für Konjunkturprogramme weder finanzielle Spielräume im Bundeshaushalt noch ist zu erwarten, dass die Programme rechtzeitig wirken.

Prof. Dr. Andreas Freytag Lehrstuhl für Wirtschaftspolitik, Friedrich-Schiller-Universität Jena:

Deutschland braucht Investitionsanreize, um den Binnenmarkt zu stimulieren, aber keine weitere Staatsverschuldung.

Prof. Dr. Hans Jürgen Schlösser Zentrum für Ökonomische Bildung, Universität Siegen:

Diese alte Forderung von Mme. Lagarde wird durch Wiederholung nicht richtiger.

Prof. Dr. Helmut Wagner Lehrstuhl für Makroökonomik, Fern-Universität Hagen:

Falls es sich nur um einen leichten Einbruch handelt, sollte davon Abstand genommen werden. Erst bei einem massiven Einbruch im Kontext einer weltweiten "double-dip"-Rezession würde man nicht umhin kommen, diesen Weg zu gehen.

Dr. Dirk Schlotböller Referat Konjunktur- und Wachstumspolitik, Konjunkturanalyse, Wirtschaftspolitische Unternehmensbefragungen, DIHK:

Die Binnenwirtschaft in Deutschland ist relativ stabil. Die Unternehmen hierzulande wollen investieren und weiter einstellen. Neue Konjunkturpakete erscheinen daher nicht angebracht. Sie sind kein Allheilmittel, das zeigen z. B. die Entwicklungen in den USA und Japan. Die Pakete bergen außerdem die Gefahr, die Haushaltsverschuldung weiter nach oben zu treiben. Vielmehr ist jetzt gefordert, Haushalte zu konsolidieren – auch in Deutschland – und auf eine Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit zu setzen. Nur so kann ein langfristig solides Wachstum erreicht werden.



Prof. Dr. Bernd Genser Lehrstuhl für Volkswirtschaftslehre, insbesondere Finanzwissenschaft, Universität Konstanz:

Der Abbau des Exportüberschusses ist ein strukturelles Problem.

Prof. Dr. Stefan Voigt Lehrstuhl für Volkswirtschaftslehre, Universität Hamburg:

Es zeigt sich regelmäßig, dass solche Programme nicht zum richtigen Zeitpunkt greifen.

Dr. Jörg Zeuner Chief Economist, VP Bank Gruppe:

Eine Ausweitung der deutschen Inlandsnachfrage würde zur Stabilisierung der Konjunktur beitragen.

Volker Hofmann Direktor Volkswirtschaft, EU-Politik und internationale Beziehungen, Bundesverband deutscher Banken:

1. Exportrückgang hat nicht zwangsweise eine Rezession zur Folge. 2. Konjunkturprogramme nach Lehman-Schock richtig, jetzt aber bitte nicht in jeder Situation "prophylaktisch" nach solchen Programmen rufen. Erforderlich ist zunächst sorgfältige Analyse.

FRAGE

Auch die US-Notenbank will auf ihrer nächsten turnusgemäßen Sitzung offenbar über weitere Hilfen für die US-Wirtschaft beraten. Sollte die Fed der US-Wirtschaft über die bereits bis 2013 zugesagte Niedrigzinspolitik mit weiteren Hilfsmaßnahmen (QE3) unter die Arme greifen?

Prof. Dr. Siegfried Franke Abteilung theoretische Volkswirtschaftslehre, Universität Stuttgart:

Es ist kaum anzunehmen, dass die Mittel in genügender Höhe in sinnvolle realwirtschaftliche Bereiche gelangen. Viel eher ist damit zu rechnen, dass die Mittel für waghalsige Finanztransaktionen genutzt werden (wie gehabt). Hier würde ich auch dem notorisch publizitätssüchtigem Nobelpreisträger Joseph Stiglitz widersprechen.

Prof. Dr. Thomas Gries Lehrstuhl für Internationale Wachstums- und Konjunkturtheorie, Universität Paderborn:

Da ich strukturelle Probleme insbesondere durch die versäumte nachhaltige globale Bankenregulierung sehe, wird eine solche Maßnahme den möglichen Super-GAU weiter befeuern und bestenfalls einige Quartale aufschieben.

Prof. Dr. Ulrich van Suntum Lehrstuhl am Institut für Siedlungs- und Wohnungswesen, Westfälische Wilhelms-Universität Münster:

Die Nullzinspolitik bis 2013 ist schon sehr weitgehend. Weitere Liquiditätszuflüsse könnten neue Vermögenspreisblasen hervorrufen. Die Fed sollte sich eher auf eine mittelfristig orientierte Politik umstellen, das würde mehr Vertrauen schaffen als das ständige hektische Ankurbeln der Notenpresse.



Prof. Dr. Günter Franke Lehrstuhl für Betriebswirtschaftslehre insbesondere Internationales Finanzmanagement, Universität Konstanz:

Die Konsolidierung öffentlicher und privater Finanzen ist schmerzhaft, aber notwendig.

Prof. Dr. Juergen von Hagen Lehrstuhl am Institut für International Wirtschaftspolitik, Rheinische Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn:

Es ist äußerst zweifelhaft, ob die Fed mit weiteren Maßnahmen etwas bewirken kann. Andererseits baut sie dadurch längerfristig weiteres Inflationspotenzial auf.

Prof. Dr. Michael Frenkel Lehrstuhl für Makroökonomik, WHU – Otto Beisheim School of Management:

Die amerikanische Wirtschaft erscheint in schlechterer Verfassung, als dies noch viele Beobachter vermuten.

Dr. Justina A.V. Fischer Lehrstuhl für Finanzwissenschaft, Universität Hamburg:

Die USA leiden ebenfalls unter Überschuldung.

Prof. Dr. Mathias Erlei Lehrstuhl für Volkswirtschaftslehre, TU Clausthal:

Ein QE3 würde die anstehenden Probleme nur unwesentlich in die Zukunft verschieben. Anschließend wäre die Lage noch schwieriger als zuvor.

Prof. Dr. Bruno Schönfelder Lehrstuhl für Allgemeine VWL, TU Bergakademie Freiberg:

Die US-Wirtschaft hat strukturelle Probleme, die mit dem früher überhöhten Konsum zusammenhängen. Die Fed kann zur Lösung dieser Probleme nichts beitragen.

Prof. Dr. Thomas Apolte Lehrstuhl für Wirtschaftspolitik am Institut für Ökonomische Bildung, Westfälische Wilhelms-Universität Münster:

Die USA haben eine massive Strukturbereinigung ihrer Wirtschaft zu bewältigen. Dies mit klassisch-keynesianischen Instrumenten angehen zu wollen, ist ein klassischer Fehler.

PD Dr. Jochen Kurt Hartwig Leiter der Sektion Internationale Konjunktur, Konjunkturforschungsstelle der ETH Zürich:

Das bringt für die Realwirtschaft kaum etwas und es ist schon genug Geld auf dem Markt.

Dr. Klaus Schrüfer Leiter Investment Strategy, Santander Bank:

Die Wirkung der weiterhin sehr expansiven Geldpolitik sollte abgewartet werden.

Prof. Dr. Frank Bulthaupt Lehrstuhl für Kapitalmärkte und Volkswirtschaftslehre, Hochschule der Sparkassen-Finanzgruppe:

Die US-Geldpolitik ist mittlerweile wirkungslos.



Prof. Dr. Dr. h.c. Franz Peter Lang Institut für Volkswirtschaftslehre, TU Braunschweig:

In den USA wäre es hilfreich durch eine Konjunkturprogramm z.B. die marode Infrastruktur (u. a. Stromnetz) zu verbessern.

Dr. Marco Bargel Chefvolkswirt, Postbank AG:

Der konjunkturstimulierende Effekt weiterer Maßnahmen wäre marginal, während die negativen Nebenwirkungen einer anhaltend ultraexpansiven Geldpolitik nicht mehr kalkulierbar sind.

Prof. Dr. Michael Heise Chefvolkswirt und Leiter, Allianz Economic Research & Development:

Die US-Geldpolitik ist bereits sehr expansiv. Die Langfristzinsen sind äußerst niedrig, so dass weitere Maßnahmen sie zu senken nicht notwendig sind.

Prof. Dr. Olaf Hübler Institut für empirische Wirtschaftsforschung, Leibniz-Universität Hannover:

Gegenwärtig führen alle staatlichen und geldpolitischen Maßnahmen zu Turbulenzen auf den Finanzmärkten. Das sollte vermieden werden.

Prof. Dr. Peter Oberender ehemaliger Inhaber des Lehrstuhls für Wirtschaftstheorie, Universität Bayreuth:

Ein solches Programm bringt nichts.

Dr. Dirk H. Ehnts Am Lehrstuhl für Internationale Wirtschaftsbeziehungen, Carl-von-Ossietzky-Universität Oldenburg:

Wachstum ist ein offizielles Ziel der Fed, die sich nicht wie die EZB in den Elfenbeinturm zurückziehen kann. Sollten die Finanzmärkte erneut abstürzen, wäre QE3 eine geeignete Maßnahme, den Fall aufzuhalten.

Prof. Dr. Horst Löchel German Centre of Banking and Finance, Frankfurt School of Finance & Management:

Die USA leiden nicht an einer konjunkturellen, sondern einer strukturellen Wachstumsschwäche. Deshalb waren schon Q1 und Q2 nicht erfolgreich.

Prof. Dr. Renate Ohr Lehrstuhl für Volkswirtschaftslehre, insbesondere Wirtschaftspolitik, Georg-August-Universität Göttingen:

Die Inflationsgefahren werden immer größer.

Prof. Dr. Michael Braulke Lehrstuhl für VWL-Außenwirtschaft, Universität Osnabrück:

Die US-Konjunktur wieder einmal mit privater Überschuldung retten? Gar mit negativen Realzinsen? Damit hat doch Greenspan das ganze Schlamassel in Gang gesetzt! Dann schon lieber öffentliche Beschäftigungsprogramme (Infrastruktur, Schulen etc.).

Dr. Michael Stahl Geschäftsführer Volkswirtschaft/Bildung, Arbeitgeberverband Gesamtmetall:

Die FED sollte keine neuen Blasen aufbauen



Prof. Gabriel Felbermayr, Ph.D. Forschungsbereich Internationaler Handel, ifo Institut und Ludwig-Maximilians-Universität München:

QE sollte nicht unilateral erfolgen, sondern in Absprache mit den anderen großen Volkswirtschaften als konzertierte Aktion. Sonst drohen kompetitive Abwertungen der Währungen. QE ist angesichts der Staatsschulden in den meisten Industriestaaten die einzige verbliebene Option.

Prof. Dr. Bernd Raffelhüschen Leiter des Instituts für Finanzwissenschaft I, Albert-Ludwigs-Universität Freiburg:

... auch nicht in den USA.

Prof. Dr. Martin Kocher Lehrstuhlinhaber, Verhaltensökonomik und experimentelle Wirtschaftsforschung, Ludwig-Maximilians-Universität München:

Ja, wahrscheinlich gibt es dazu keine Alternative. Das Pulver der Fiskalpolitik ist weitgehend verschossen, und es wurde zu einem Zeitpunkt verschossen, als die Wirkung minimal war. Wirtschaftspolitisch wäre es für die USA klüger gewesen, Konjunkturprogramme längerfristig anzulegen (dafür in den einzelnen Jahren weniger auszugeben) und die Bevölkerung schon 2008 auf einige Jahre mit geringeren Wachstumsraten vorzubereiten. Politisch ist das natürlich schwer durchzustehen, aber im Moment läuft die amerikanische Fiskal- und Geldpolitik entweder auf eine riesige Schuldenkrise oder auf die nächste spekulative Blase (vielleicht auf den Rohstoffmärkten) hinaus.

Prof. Jürgen Kähler, Ph.D. Institut für Wirtschaftswissenschaft , Friedrich-Alexander-Universität Erlangen-Nürnberg:

Das wäre mit der gesetzlichen Grundlage (Federal Reserve Act) kompatibel, aber man muss sich darüber im Klaren sein, dass mittelfristig ein erheblicher Reputationsverlust in Bezug auf Inflationsbekämpfung droht.

Prof. Dr. Dr. h.c. Franz Peter Lang Institut für Volkswirtschaftslehre, TU Braunschweig:

Im Unterschied zu Deutschland haben geldpolitische Maßnahmen über die Stimulierung der US-spezifischen kreditfinanzierten Privatnachfrage (insb. für Immobilien) mehr konjunkturstabilisierende Wirkungen, zumal solche Effekte durch eine geringere Steuerlast expansiver wirken, als in Deutschland. Zudem plant die Regierung ja ein expansives Staatsausgabenprogramm zum Ausbau der Infrastruktur.

Prof. Dr. Ralf Fendel Lehrstuhl für Monetäre Ökonomik, WHU – Otto Beisheim School of Management:

Q1 und Q2 haben schon nicht den erhofften Effekt erbracht. Warum sollte Q3 dies ändern.

Prof. Dr. Juergen B. Donges Emeritus am Institut für Wirtschaftspolitik, Universität Köln:

Die Fed muss aufpassen, nicht zu einer "bad bank" zu werden. Mit Liquiditätsüberschwemmung kann man keine realwirtschaftlichen Probleme lösen, wohl aber das Terrain für künftige Inflation bestellen!



Prof. Dr. Aloys Prinz Institut für Finanzwissenschaft II, Westfälische Wilhelms-Universität Münster:

Mehr als die Fed bisher getan hat, kann sie sinnvollerweise nicht tun. Die Wirtschaft mit noch mehr Liquidität zu überschwemmen ist auch keine Lösung.

Prof. Dr. Hans Jürgen Schlösser Zentrum für Ökonomische Bildung, Universität Siegen:

Der einzige Effekt wird sein, dass die US-Wirtschaft noch geldsüchtiger wird, als sie es jetzt schon ist.

Prof. Dr. Helmut Wagner Lehrstuhl für Makroökonomik, Fern-Universität Hagen:

Schon QE2 brachte relativ wenig (weniger als QE1) gemessen an den Erwartungen. Allerdings bliebe nichts anderes übrig, wenn restriktive Fiskalmaßnahmen auf politischen Druck der Tea-Party hin eine neue Rezession bewirkten.

Prof. Dr. Bernd Genser Lehrstuhl für Volkswirtschaftslehre, insbesondere Finanzwissenschaft, Universität Konstanz:

Ein Abbau des doppelten Defizits wäre langfristig wichtiger.

Prof. Dr. Stefan Voigt Lehrstuhl für Volkswirtschaftslehre, Universität Hamburg:

Weil durch zu niedrige Zinsen auch viele an sich nicht profitable Investitionen gefördert werden.

Dr. Jörg Zeuner Chief Economist, VP Bank Gruppe:

Ein gezieltes Beschäftigungsprogramm und Unterstützung des Häusermarktes verspricht mehr Erfolg als weitere Zinssenkungen über Anleihekäufe.

Volker Hofmann Direktor Volkswirtschaft, EU-Politik und internationale Beziehungen, Bundesverband deutscher Banken:

Bereits die "Erfolge" von QE2 sind fraglich.

FRAGE

In der derzeit unsicheren konjunkturellen Lage wurden sowohl fiskalische als auch geldpolitische Impulse angeregt. In welche Richtung sollten die Bundesregierung bzw. die EZB ihre Politik im Vergleich zu bisher ändern, um für Deutschland passend zu sein?

Prof. Dr. Siegfried Franke Abteilung theoretische Volkswirtschaftslehre, Universität Stuttgart:

Die in Klammern gesetzten Stichworte ermöglichen mir eigentlich keine Antwort: Konjunkturpaket: nein; aber Steuersenkung ja, soweit sie endlich das Problem der heimlichen Steuererhöhungen und der kalten Progression angeht. Konsolidierung ja, aber keine Steuererhöhung. Konsolidierung und begrenzte Steuersenkung führen natürlich zu einer geringfügig veränderten Fiskalpolitik. Zinserhöhungen eher nicht, aber Rücknahme der Anleihekäufe, d.h. die Geldpolitik verändert sich gegenüber der jetzigen Richtung.



Prof. Dr. Thomas Gries Lehrstuhl für Internationale Wachstums- und Konjunkturtheorie, Universität Paderborn:

Solidität attrahiert das langfristig angelegte Kapital.

Prof. Dr. Ulrich van Suntum Lehrstuhl am Institut für Siedlungs- und Wohnungswesen, Westfälische Wilhelms-Universität Münster:

Derzeit bedarf es keiner Konjunkturpolitik. Vorrang muss die Konsolidierung der Staatsfinanzen haben, da sind wir prinzipiell auf dem richtigen Weg. Allerdings muss die Zeitbombe der Garantieverpflichtungen aus dem Eurorettungsschirm entschärft werden.

Prof. Dr. Juergen von Hagen Lehrstuhl am Institut für International Wirtschaftspolitik, Rheinische Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn:

Anleihekäufe der EZB sind keine "Geldpolitik", sondern Fiskalpolitik, zu der die EZB keine rechtliche Grundlage hat und die die Stabilität der EZB und damit des Euro unnötig untergraben.

Prof. Dr. Björn Frank Lehrstuhl für Mikroökonomik, Universität Kassel:

Da werden jetzt aber einige das Kästchen für ihr Kreuz vermissen - diejenigen, die daran glauben, Steuersenkungen führten zu Konsolidierung, und diejenigen, die gern ein steuerfinanziertes Konjunkturpaket sehen würden.

Prof. Dr. Michael Frenkel Lehrstuhl für Makroökonomik, WHU – Otto Beisheim School of Management:

Die expansiven Effekte auf die Wirtschaft erscheinen noch ausreichend.

Prof. Dr. Karlhans Sauernheimer Lehrstuhl für Allgemeine und Außenwirtschaftstheorie, Johannes-Gutenberg-Universität:

Die Antwortoption 5 ist unsinnig: "Rücknahme der Anleihekäufe" ist genau so wenig kontraktiv wie die Anleihekäufe selbst expansiv waren: Die EZB hat bekanntlich die mit den Anleihekäufen geschaffene zusätzliche Zentralbankgeldmenge neutralisiert.

Dr. Justina A.V. Fischer Lehrstuhl für Finanzwissenschaft, Universität Hamburg:

Steuererhöhung würgt Konjunktur ab, aber Steuersenkung können wir uns nicht leisten.

Prof. Dr. Mathias Erlei Lehrstuhl für Volkswirtschaftslehre, TU Clausthal:

Beides ist aus langfristiger Sicht unvermeidlich. Die resultierende kurzfristige Wirkung ist unvermeidbar.

Prof. Dr. Bruno Schönfelder Lehrstuhl für Allgemeine VWL, TU Bergakademie Freiberg:

Die Geldpolitik ist immer noch zu expansiv. Die deutsche Wirtschaft arbeitet an der Kapazitätsgrenze. Eine Nachfragevermehrung würde nur die Importe erhöhen.



Prof. Dr. Thomas Apolte Lehrstuhl für Wirtschaftspolitik am Institut für Ökonomische Bildung, Westfälische Wilhelms-Universität Münster:

Insbesondere muss die EZB sich aus ihrer reaktiven Rolle als Spielball der Krisensymptome befreien und endlich wieder das tun, wozu sie da ist: Als geldpolitischer Stabilitätsanker die Richtung weisen und die Währung sichern. Dazu passt nicht der Aufkauf von Schrottpapieren zur Senkung der Rendite problematischer Schuldner.

Dr. Klaus Schrüfer Leiter Investment Strategy, Santander Bank:

Die trotz zweier Zinserhöhungen in diesem Jahr expansive Geldpolitik stützt die konjunkturelle Erholung.

Prof. Dr. Dr. h.c. Franz Peter Lang Institut für Volkswirtschaftslehre, TU Braunschweig:

An Geld fehlt es nicht, die Wirtschaftssubjekte sind allerdings durch eine verfehlte Berichterstattung (*bad news is good news*) stark verunsichert, sodass die Stimmung weit schlechter ist als die Situation.

Prof. Dr. Michael Heise Chefvolkswirt und Leiter, Allianz Economic Research & Development:

Zur Verbesserung der Angebotsbedingungen sind begrenzte Steuersenkungen sinnvoll (Einkommenssteuertarif, spezielle Regelungen bei Unternehmenssteuern.).

Dr. Dirk H. Ehnts Am Lehrstuhl für Internationale Wirtschaftsbeziehungen, Carl-von-Ossietzky-Universität Oldenburg:

Geldpolitik ist unwirksam, daher ist keine Veränderung nötig. Fiskalpolitik bleibt momentan das einzige Stabilisierungsinstrument. Wir sind in einer Liquiditätsfalle, wie sie die Japaner bereits seit 20 Jahren kennen.

Prof. Dr. Horst Löchel German Centre of Banking and Finance, Frankfurt School of Finance & Management:

Sowohl eine Kontraktion als auch eine Expansion wären falsch, weil ersteres die aktuelle Konjunkturdelle verschärfen und letzteres die Staatsschulden bzw. die Geldmenge erhöhen würde, was an den Märkten wiederum schlecht aufgenommen würde.

Prof. Dr. Michael Braulke Lehrstuhl für VWL-Außenwirtschaft, Universität Osnabrück:

In der derzeitigen Situation könnte der deutsche Fiskus daran gehen, die Steuerprivilegien auszudünnen (=Steuererhöhung), um Handlungsspielraum zu bekommen, falls wirklich konjunkturelle Stützen nötig werden.

Dr. Michael Stahl Geschäftsführer Volkswirtschaft/Bildung, Arbeitgeberverband Gesamtmetall:

Die EZB kann zumindest die Zinserhöhungen zur Jahresmitte wieder zurückführen.

Prof. Gabriel Felbermayr, Ph.D. Forschungsbereich Internationaler Handel, ifo Institut und Ludwig-Maximilians-Universität München:

International koordinierte quantitative Lockerung (QE) ist die einzige wirkliche verbleibende Waffe, die kurzfristig helfen könnte ...



Prof. Dr. Bernd Raffelhüschen Leiter des Instituts für Finanzwissenschaft I, Albert-Ludwigs-Universität Freiburg:

Ruhige Hand hilft meistens besser als Hektik.

Prof. Dr. Martin Kocher Lehrstuhlinhaber, Verhaltensökonomik und experimentelle Wirtschaftsforschung, Ludwig-Maximilians-Universität München:

Es müssen die Ursachen für die momentanen Probleme bekämpft werden (Ungleichgewichte in der Eurozone, hohe Schulden etc.) und nicht deren Symptome. Das erfordert aber zuerst politische Entscheidungen, dann erst ggf. fiskal- und geldpolitische Anpassungen.

Prof. Jürgen Kähler, Ph.D. Institut für Wirtschaftswissenschaft , Friedrich-Alexander-Universität Erlangen-Nürnberg:

Fiskalische Konsolidierung ist wichtig, um Schuldenprobleme in der Zukunft zu vermeiden. Die Anleihekäufe der EZB waren ein Fehler, aber diesen Fehler wird man kurzfristig nicht rückgängig machen können.

Prof. Dr. Dr. h.c. Franz Peter Lang Institut für Volkswirtschaftslehre, TU Braunschweig:

Die Geldpolitik ist auf deutsche Interessen orientiert für die übrigen EU-Mitglieder zwar zu restriktiv, sichert aber die Stabilität der Preise in Deutschland und damit die Wettbewerbsfähigkeit. Die Konsolidierung eröffnet dem Staat größere Spielräume für die künftige Fiskalpolitik und setzt zugleich Budgetmittel frei, die für die Sanierung der notleidenden EU-Partner verwendet werden können.

Prof. Dr. Volker Nitsch Lehrstuhl für Internationale Wirtschaft, TU Darmstadt:

Eine Diskussion über einen für Deutschland angemessenen Kurs der EZB ist müßig, da die Geldpolitik der EZB auf den Euro-Raum ausgerichtet ist.

Prof. Dr. Ralf Fendel Lehrstuhl für Monetäre Ökonomik, WHU – Otto Beisheim School of Management:

Die Inflationsrate sowie deren Prognose liegen nur leicht über dem Referenzwert und die zu erwartende konjunkturelle Abschwächung wird diese Richtung Referenzwert bewegen; es bedarf also keiner restriktiver Maßnahme. Bei einem Inflationswert über dem Referenzwert würde andererseits eine Zinssenkung endgültig die Glaubwürdigkeit der EZB ruinieren.

Prof. Dr. Aloys Prinz Institut für Finanzwissenschaft II, Westfälische Wilhelms-Universität Münster:

Die Lage der Staatsfinanzen und die Rolle, welche die EZB übernehmen musste, sind zurzeit derart prekär und instabil, dass keine klare Aussage möglich erscheint.

Prof. Dr. Andreas Freytag Lehrstuhl für Wirtschaftspolitik, Friedrich-Schiller-Universität Jena:

Nur über einen klaren Konsolidierungskurs kann das Vertrauen der Marktteilnehmer auf Güter- und Faktormärkten wieder hergestellt werden.



Dr. Dirk Schlotböller Referat Konjunktur- und Wachstumspolitik,
Konjunkturanalyse, Wirtschaftspolitische Unternehmensbefragungen, DIHK:

Überfällige Strukturreformen sind auch hierzulande das Gebot der Stunde. Vor allem im Steuerrecht verbergen sich etliche Investitionsbremsen, die zu lösen sind. Insbesondere die Besteuerung von Kostenelementen (z. B. bei Lizenzen) muss korrigiert werden. Auch die Abschreibungsmöglichkeiten für Investitionen sollten sich an der tatsächlichen betrieblichen Nutzungsrealität orientieren – durch die Wiedereinführung der „degressiven AfA“. Bei den Staatsausgaben müssen sich die Prioritäten in Richtung Investitionen verschieben. Vielfach zehren wir an der Substanz. Insbesondere bei den Verkehrswegen gibt es immer mehr Engpässe.

Prof. Dr. Bernd Genser Lehrstuhl für Volkswirtschaftslehre, insbesondere Finanzwissenschaft,
Universität Konstanz:

Wichtig wären eine behutsame Umgestaltung des Steuersystems, das Schließen von Steuerlücken und eine sozial ausgewogene Vereinfachung der Umsatzsteuer.

Prof. Dr. Stefan Voigt Lehrstuhl für Volkswirtschaftslehre, Universität Hamburg:

Aufgrund der derzeitigen Konjunktur ist eine Konsolidierung nicht nur möglich, sondern zwingend geboten. Wenn nicht jetzt, wann dann?

Dr. Jörg Zeuner Chief Economist, VP Bank Gruppe:

Derzeit braucht der Bondmarkt Unterstützung und Richtung.

FRAGE

Griechenland kommt bei der Sanierung seines Staatshaushaltes nur langsam voran. Kann das Land angesichts rückläufiger Steuereinnahmen und einer immer tieferen Rezession überhaupt die Voraussetzungen zum Schuldenabbau schaffen, um die Anforderungen des EU-Rettungsschirms zu erfüllen?

Prof. Dr. Siegfried Franke Abteilung theoretische Volkswirtschaftslehre, Universität Stuttgart:

Das ergibt sich ja schon aus dem makroökonomischen Einmaleins. Außerdem zeigen es die Zahlen aus Athen seit einem Jahr.

Prof. Dr. Volker Caspari Lehrstuhl für Wirtschaftstheorie I, TU Darmstadt:

Man kann ein Produktivitätsdefizit nicht durch Sparmaßnahmen beheben, sondern nur etwas abmildern.

Prof. Dr. Thomas Gries Lehrstuhl für Internationale Wachstums- und Konjunkturtheorie,
Universität Paderborn:

Die strukturellen realen Bedingungen sind nicht über Nacht sanierbar.



Prof. Dr. Ulrich van Suntum Lehrstuhl am Institut für Siedlungs- und Wohnungswesen, Westfälische Wilhelms-Universität Münster:

Wäre Griechenland ein deutscher Privathaushalt, würde der Schuldenberater sofort die Privatinsolvenz einleiten. Ohne Schuldenschnitt fließt hier jeder zusätzliche Euro in ein Faß ohne Boden.

Prof. Dr. Günter Franke Lehrstuhl für Betriebswirtschaftslehre insbesondere Internationales Finanzmanagement, Universität Konstanz:

Aber evtl. ist mehr Zeit nötig, um soziale Konflikte unter Kontrolle zu halten

Prof. Dr. Carsten Hefeker Professur für Europäische Wirtschaftspolitik, Universität Siegen:

Ich sehe keine Alternative dazu.

Prof. Dr. Michael Frenkel Lehrstuhl für Makroökonomik, WHU – Otto Beisheim School of Management:

Es scheint, dass das Bewusstsein über die Anpassungserfordernis in Griechenland noch immer zu gering ist. Vermutlich bedarf es des berühmten "Tals der Tränen", um dies zu erzeugen.

Prof. Dr. Karlhans Sauernheimer Lehrstuhl für Allgemeine und Außenwirtschaftstheorie, Johannes-Gutenberg-Universität:

Wenn das Volkseinkommen sinkt, nehmen die Haushaltsdefizite zu, nicht ab.

Dr. Justina A.V. Fischer Lehrstuhl für Finanzwissenschaft, Universität Hamburg:

Es sind strukturelle Veränderungen nötig. Langfristig dient dies auch dem Schuldenabbau.

Prof. Dr. Mathias Erlei Lehrstuhl für Volkswirtschaftslehre, TU Clausthal:

Der Rettungsplan (Juli 2011) hat Griechenlands Anreize, erforderliche Korrekturen politisch durchzusetzen, spürbar verringert.

Prof. Dr. Bruno Schöfeld Lehrstuhl für Allgemeine VWL, TU Bergakademie Freiberg:

Im griechischen öffentlichen Sektor kann man unendlich viel sparen. Aber die wollen nicht.

Prof. Dr. Thomas Apolte Lehrstuhl für Wirtschaftspolitik am Institut für Ökonomische Bildung, Westfälische Wilhelms-Universität Münster:

Fast ein Jahrzehnt hat man Griechenlands unsolide Fiskalpolitik akzeptiert. Nun, da die Folgen unübersehbar sind, versucht man ihm bei 5% Schrumpfung des BIP (Primär)Überschüsse abzupressen. Jeder Tag, der vergeht ohne einzusehen, dass dieses Land pleite geht, wird die ohnehin kommende Umschuldung teurer machen - für uns und für Griechenland.

PD Dr. Jochen Kurt Hartwig Leiter der Sektion Internationale Konjunktur, Konjunkturforschungsstelle der ETH Zürich:

Die griechische Schuldenlast ist nicht tragbar. Griechenland braucht einen Haircut.



Prof. Dr. Frank Bulthaupt Lehrstuhl für Kapitalmärkte und Volkswirtschaftslehre, Hochschule der Sparkassen-Finanzgruppe:

Die schwere Anpassungsrezession verhindert kurzfristige Konsolidierungserfolge.

Prof. Dr. Dr. h.c. Franz Peter Lang Institut für Volkswirtschaftslehre, TU Braunschweig:

Die Wirtschaft und Staat sind zu verkrustet und im alten System verankert, so dass nur eine konsequente Reformpolitik Abhilfe schaffen kann.

Prof. Dr. Michael Heise Chefvolkswirt und Leiter, Allianz Economic Research & Development:

Die zu erwartende begrenzte Verfehlung des Defizitziels 2011 ist nicht der entscheidende Punkt. Griechenland kann und muss die strukturellen Reformen und die Privatisierung schneller vorantreiben. Darüber hinaus sollten die Wachstumskräfte in Griechenland durch eine Art "Marshall-Plan" gestärkt werden.

Prof. Dr. Olaf Hübler Institut für empirische Wirtschaftsforschung, Leibniz-Universität Hannover:

Man wird an die Brüning'schen Notverordnungen in der Weimarer Republik und deren negative Konsequenzen erinnert. Um diese zu vermeiden, sollten in- und ausländischen Unternehmen Anreize geboten werden, in Griechenland zu investieren.

Prof. Dr. Peter Oberender ehemaliger Inhaber des Lehrstuhls für Wirtschaftstheorie, Universität Bayreuth:

Eine Veränderung ist nur durch das Durchschreiten eines Tales der Tränen möglich.

Dr. Dirk H. Ehnts Am Lehrstuhl für Internationale Wirtschaftsbeziehungen, Carl-von-Ossietzky-Universität Oldenburg:

Es ist historisch gesehen extrem unwahrscheinlich, eine derartig hohe Überschuldung durch Sparmaßnahmen lösen zu können.

Prof. Dr. Horst Löchel German Centre of Banking and Finance, Frankfurt School of Finance & Management:

Aber nur, wenn die Verwaltungsreform energisch angepackt und ein Wachstumsprogramm aufgelegt wird.

Prof. Dr. Michael Braulke Lehrstuhl für VWL-Außenwirtschaft, Universität Osnabrück:

Klar, Griechenland macht zu wenig: keine Verbesserung bei der Steuereintreibung, abartige Scheinangebote beim Verkauf des Tafelssilbers. Aber selbst wenn es hier Fortschritte gäbe, ist Griechenland zu weit weg von einem tragfähigen Haushalt.

Prof. Dr. Georg Stadtmann Lehrstuhl für VWL, insb. Wirtschaftstheorie (Makroökonomik), Europauniversität Viadrina Frankfurt/Oder:

Ein effizientes Steuersystem aufzubauen, geht nicht von heute auf morgen. Der EU Plan war und ist unrealistisch. Am grünen Tisch in Brüssel ist er vielleicht möglich. Aber um in der Fußballersprache zu bleiben: "Wichtig ist auf'm Platz!"



Dr. Michael Stahl Geschäftsführer Volkswirtschaft/Bildung, Arbeitgeberverband
Gesamtmetall:

Man kann aber ohne tieferen Einblick nur schwer entscheiden, was nicht können und was nicht richtig wollen ist.

Prof. Dr. Martin Kocher Lehrstuhlinhaber, Verhaltensökonomik und experimentelle
Wirtschaftsforschung, Ludwig-Maximilians-Universität München:

Es scheint einzutreten, was viele vorausgesagt haben. Ohne einen Haircut für Griechenland wird es nicht funktionieren. Aber selbst ein solcher wird aller Voraussicht nach flankierende Maßnahmen im Sinne von Konjunkturprogrammen für Griechenland erfordern, die von den anderen EU-Staaten z.T. bezahlt werden müssen, wenn man Griechenland im Euro-Raum behalten möchte.

Prof. Jürgen Kähler, Ph.D. Institut für Wirtschaftswissenschaft , Friedrich-Alexander-
Universität Erlangen-Nürnberg:

Es scheint so, als ließen sich die erforderlichen Maßnahmen in Griechenland politisch nicht durchsetzen.

Prof. Dr. Dr. h.c. Franz Peter Lang Institut für Volkswirtschaftslehre, TU Braunschweig:

Es gibt in Griechenland ohne dramatische Steuerreform und die Zurückdrängung der Schattenwirtschaft keine Sektoren, die per Steueraufkommen für die Gesundung der Staatsfinanzen aktiviert werden könnten; es fehlt wohl auch die Bereitschaft weiter Teile der Bevölkerung dazu.

Prof. Dr. Michael Roos Lehrstuhl für Makroökonomik , Ruhr-Universität Bochum:

Griechenland ist faktisch pleite. Dies muss endlich öffentlich anerkannt werden. Es gibt keinen anderen Weg als die Insolvenz, um Griechenland zu helfen.

Prof. Dr. Ralf Fendel Lehrstuhl für Monetäre Ökonomik, WHU – Otto Beisheim School of
Management:

Dies war zu erwarten und an einer geregelten Insolvenz wird nun kein Weg mehr vorbeiführen.

Prof. Dr. Juergen B. Donges Emeritus am Institut für Wirtschaftspolitik, Universität Köln:

Die Strukturprobleme der griechischen Wirtschaft sind so gravierend, dass mit finanziellen Hilfen von außen wenig bewirkt werden kann. Das war schon im Mai 2010 bekannt!

Prof. Dr. Aloys Prinz Institut für Finanzwissenschaft II, Westfälische Wilhelms-Universität
Münster:

Griechenland ist - wie Argentinien vor einigen Jahren - in einen Abwärtsstrudel von Verschuldung, kontraktiver Fiskalpolitik und Rezession geraten, aus dem nur noch ein Schuldenschnitt heraushelfen kann, ohne die griechische Wirtschaft zu zerstören.

Prof. Dr. Andreas Freytag Lehrstuhl für Wirtschaftspolitik, Friedrich-Schiller-Universität Jena:

Es stand für mich von Anfang an fest, dass Griechenland die Voraussetzungen nicht erfüllt, die Schulden zu bedienen. Eine Umschuldung sollte eher früher als später kommen.



Prof. Dr. Helmut Wagner Lehrstuhl für Makroökonomik, Fern-Universität Hagen:

Auch wenn theoretisch (bei schnellen und umfassenden Strukturreformen) möglich, erscheint hierfür die Zeit wie auch der politische Wille in Griechenland nicht ausreichend vorhanden zu sein.

Dr. Dirk Schlotböller Referat Konjunktur- und Wachstumspolitik, Konjunkturanalyse, Wirtschaftspolitische Unternehmensbefragungen, DIHK:

Die Sparmaßnahmen dämpfen nur kurzfristig, schaffen aber gemeinsam mit Strukturreformen allmählich dauerhaft bessere Wachstumsperspektiven. Über Jahre aufgestaute Probleme lassen sich freilich nicht von heute auf morgen lösen. Wenn Griechenland die zugesagten Maßnahmen umsetzt, müssen die Märkte die auch nötige Geduld aufbringen.

Prof. Dr. Bernd Genser Lehrstuhl für Volkswirtschaftslehre, insbesondere Finanzwissenschaft, Universität Konstanz:

Konsolidierung nur bei stabiler Wachstumsentwicklung möglich.

Prof. Dr. Oliver Landmann Direktor der Abteilung für Wirtschaftstheorie, Albert-Ludwigs-Universität Freiburg:

Die Rettungsschirm-Strategie war von Anfang an zum Scheitern verurteilt. Noch nie in der Wirtschaftsgeschichte hat eine Volkswirtschaft im freien Fall einen Schuldenabbau geschafft.

Prof. Dr. Stefan Voigt Lehrstuhl für Volkswirtschaftslehre, Universität Hamburg:

Korruption und Ineffizienz werden nicht dadurch zum Verschwinden gebracht, dass man Auflagen von außen bekommt.

Dr. Jörg Zeuner Chief Economist, VP Bank Gruppe:

Griechenlands Schulden sind nur noch langfristig, im Rahmen der Beschlüsse vom 21. Juli (niedrige Zinsen und lange Laufzeiten), und mit finanzieller Hilfe abbaubar.

Volker Hofmann Direktor Volkswirtschaft, EU-Politik und internationale Beziehungen, Bundesverband deutscher Banken:

Das Abreisen der Troika war vor allem auf Versäumnisse bei den längerfristigen Strukturreformen (Reformen am Arbeitsmarkt, bei der Steuererhebung, in der öffentlichen Verwaltung etc.) zurückzuführen. Neuerliche Verfehlungen bei den kurzfristigen Haushaltszielen wären eher zu akzeptieren, wenn tiefgreifende Reformen entschlossen angegangen würden.

FRAGE

Wäre ein Austritt aus der EU ein Lösungsansatz für Griechenland, um seine Schuldenproblematik in den Griff zu bekommen, insbesondere wenn die Schulden trotzdem in Euro bedient werden müssen?



Prof. Dr. Siegfried Franke Abteilung theoretische Volkswirtschaftslehre, Universität Stuttgart:

Die Bedienung der Schulden in voller Höhe in Euro klappt weder innerhalb noch außerhalb der Eurozone. Es wird so oder so mit einem Schuldenschnitt einhergehen müssen.

Prof. Dr. Volker Caspari Lehrstuhl für Wirtschaftstheorie I, TU Darmstadt:

Dann purzeln die Banken, denn die müssen dann die müssen dann ihre Bilanzen wieder in Ordnung bekommen, was zu Verkäufen von weiteren Wertpapieren führen und die Kapitalmärkte völlig ramponieren würde.

Prof. Dr. Thomas Gries Lehrstuhl für Internationale Wachstums- und Konjunkturtheorie, Universität Paderborn:

Die Teilnahme an der Europäische Integration ist wachstumsgenerierend für alle Beteiligten.

Prof. Dr. Friedrich Breyer Lehrstuhl für Wirtschafts- und Sozialpolitik, Universität Konstanz:

Bei einer hinreichend starken Abwertung würde die Wirtschaft wieder konkurrenzfähig und das Sozialprodukt würde steigen.

Prof. Dr. Ulrich van Suntum Lehrstuhl am Institut für Siedlungs- und Wohnungswesen, Westfälische Wilhelms-Universität Münster:

Den Griechen hilft das wahrscheinlich nicht viel, aber die übrigen Euroländer würden durch einen Austritt davor geschützt, dass Griechenland sich via EZB-Refinanzierung weiter aus der gemeinsamen Geldpresse bedient.

Prof. Dr. Günter Franke Lehrstuhl für Betriebswirtschaftslehre insbesondere Internationales Finanzmanagement, Universität Konstanz:

Es fehlt ein transparentes Konzept für den Ausstieg.

Prof. Dr. Carsten Hefeker Professur für Europäische Wirtschaftspolitik, Universität Siegen:

Ein Default wäre unvermeidlich (aus dem oben genannten Grund).

Prof. Dr. Juergen von Hagen Lehrstuhl am Institut für International Wirtschaftspolitik, Rheinische Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn:

Ein Austritt aus dem Euro würde immensen Schaden anrichten und keine Vorteile bewirken. Griechenland muss die Tragfähigkeit seiner öffentlichen Schuld wiederherstellen. Das hat mit dem Euro nichts zu tun.

Prof. Dr. Michael Frenkel Lehrstuhl für Makroökonomik, WHU – Otto Beisheim School of Management:

Bei einem Austritt Griechenlands aus der EWU würde das griechische Finanzsystem zusammenbrechen und kaum vorhersehbare Kettenreaktionen auslösen.



Prof. Dr. Karlhans Sauernheimer Lehrstuhl für Allgemeine und Außenwirtschaftstheorie, Johannes-Gutenberg-Universität:

Aus diesem Grund muss der Austritt aus der Währungsunion mit einer Entschuldung in Höhe der erwarteten Abwertung der neuen (oder alten) griechischen Währung einhergehen. Zusätzlich muss den griechischen Banken, die ansonsten in Konkurs gingen, eine Rekapitalisierung angeboten werden. Die Abwertung lenkt Nachfrage von In- und Ausländern auf griechische Güter um und trägt so dazu bei, die verloren gegangene Wettbewerbsfähigkeit des Landes statt über einen sozial destabilisierenden Beschäftigungsabbau über eine Expansion von Produktion und Beschäftigung wieder herbeizuführen. Die Alternative zu einer einmaligen nominalen Abwertung von 30% wären 10 Jahre lang um 3% p.a. sinkende Lohnstückkosten, was Griechenland politisch nicht leisten kann.

Dr. Justina A.V. Fischer Lehrstuhl für Finanzwissenschaft, Universität Hamburg:

Die Schulden belaufen sich in Euro, auch nach einem Austritt.

PD Dr. Friedrich Heinemann Leiter des Forschungsbereichs Unternehmensbesteuerung und öffentliche Finanzwirtschaft, Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung Mannheim:

Ein Austritt aus der EU wäre in jedem Fall sehr schlecht, Griechenland würde stark leiden, wenn es nicht mehr Teil des Binnenmarkts wäre und auch noch auf die EU-Kohäsionspolitik verzichten müsste. Zu diskutieren ist folglich nur ein Austritt aus der EWU. Diese Lösung hat kurzfristig wenig zu bieten. Die Drachme käme unter massiven Abwertungsdruck, die Euro-Schulden würden in der Drachme-Optik in astronomische Höhen schießen. Die Zahlungsunfähigkeit wäre dann unausweichlich. Der Austritt würde die Krise also nicht entschärfen sondern akut zuspitzen. Ein Euro-Austritt macht erst Sinn, wenn die derzeitige Schuldenkrise überstanden ist - also erst in etlichen Jahren.

Prof. Dr. Bruno Schönfelder Lehrstuhl für Allgemeine VWL, TU Bergakademie Freiberg:

Ein Austritt aus Euroland könnte helfen, ein Austritt aus der EU niemals, weil das nur Handelsschranken erzeugen würde.

Prof. Dr. Thomas Apolte Lehrstuhl für Wirtschaftspolitik am Institut für Ökonomische Bildung, Westfälische Wilhelms-Universität Münster:

Ich sehe nicht, wozu das nötig wäre und was es jetzt helfen würde. Es wäre allerdings besser gewesen, wenn Griechenland nicht beigetreten wäre. Aber das ist nun mal entschieden.

Prof. Dr. Frank Bulthaupt Lehrstuhl für Kapitalmärkte und Volkswirtschaftslehre, Hochschule der Sparkassen-Finanzgruppe:

Zusammen mit einem Schuldenschnitt könnte Griechenland außerhalb des Euro-Raums wieder eine preisliche Wettbewerbsfähigkeit erlangen.

Prof. Dr. Dr. h.c. Franz Peter Lang Institut für Volkswirtschaftslehre, TU Braunschweig:

Die negativen Folgeeffekte auf die Rest-EU würden jede theoretisch denkbare Erleichterung (z.B. durch Abwertung einer eigenen Landeswährung gegenüber dem Euro) konterkarrieren.



Dr. Marco Bargel Chefvolkswirt, Postbank AG:

Die Risiken eines Austritts für Griechenland und die restlichen EWU-Mitglieder sind nicht kalkulierbar. Eine lang anhaltende Rezession in Griechenland wäre unvermeidbar, während der Weg an den Kapitalmarkt für viele Jahre versperrt bliebe.

Dr. Boris Augurzky Kompetenzbereichsleiter Gesundheit, Rheinisch-Westfälisches Institut für Wirtschaftsforschung e.V.:

Für den Status quo dürfte ein Austritt aus dem Euro wenig helfen. Zur Vermeidung zukünftiger Probleme Griechenlands aber sehr wohl. Es ist daher unbedingt zu empfehlen, dass ein Austrittsszenario erarbeitet wird, sodass Griechenland durch eine Abwertung seiner Währung wettbewerbsfähiger wird.

Prof. Dr. Michael Heise Chefvolkswirt und Leiter, Allianz Economic Research & Development:

Ein Austritt würde Griechenlands Schwierigkeiten potenzieren und große Risiken für Europa nach sich ziehen.

Prof. Dr. Olaf Hübler Institut für empirische Wirtschaftsforschung, Leibniz-Universität Hannover:

Kurzfristig würde damit zwar auf den europäischen Finanzmärkten viel Unruhe hervorgerufen, aber ein Ende mit Schrecken ist immer noch besser als ein Schrecken ohne Ende. Ein Austritt hätte für Griechenland den Vorteil, dass es durch Abwertung seiner Währung mit seinen Produkten mittelfristig wieder konkurrenzfähig werden könnte.

Dr. Dirk H. Ehnts Am Lehrstuhl für Internationale Wirtschaftsbeziehungen, Carl-von-Ossietzky-Universität Oldenburg:

Ein Austritt aus dem Euro nach einer Bankrotterklärung der Griechen würde dazu führen, dass sämtliche Kredite auf eine andere Währung umgestellt werden können. Das Beispiel Argentinien zeigt, wie dann wieder Wachstum entstehen kann.

Prof. Dr. Horst Löchel German Centre of Banking and Finance, Frankfurt School of Finance & Management:

Das würde die Schuldenproblematik eher noch verstärken. Nur ein Schuldenschnitt hilft.

Prof. Dr. Renate Ohr Lehrstuhl für Volkswirtschaftslehre, insbesondere Wirtschaftspolitik, Georg-August-Universität Göttingen:

Eine externe Abwertung durch einen Austritt aus der Währungsunion (nicht aus der EU!) ist für die griechische Bevölkerung leichter zu verkraften als eine interne Abwertung durch Lohnsenkungen. Der Austritt muss aber natürlich auch mit einem Schuldenschnitt verbunden sein.

Prof. Dr. Michael Braulke Lehrstuhl für VWL-Außenwirtschaft, Universität Osnabrück:

Mit dem Austritt könnte Griechenland via Abwertung seine Konkurrenzfähigkeit wieder herstellen, ohne den tränenreichen Weg einer Deflation gehen zu müssen. Dass das das Schuldenproblem nicht lösen würde, ist trivial: Da hilft nur ein Schuldenschnitt.



Prof. Dr. Georg Stadtmann Lehrstuhl für VWL, insb. Wirtschaftstheorie (Makroökonomik), Europauniversität Viadrina Frankfurt/Oder:

Griechenland wird niemals zurückzahlen (können), unabhängig von den nächsten Schritten. Bei diesem Schritt sicher am wenigsten.

Dr. Michael Stahl Geschäftsführer Volkswirtschaft/Bildung, Arbeitgeberverband Gesamtmetall:

Wenn ein Austritt sinnvoll wäre, dann nur mit einem Schuldenschnitt - un den kann man auch im System organisieren.

Prof. Dr. Horst Entorf Lehrstuhl für Ökonometrie, Johann Wolfgang Goethe-Universität Frankfurt am Main:

Eine geordnete Insolvenz inklusive Austritt ohne großzügigen Schuldenerlass dürfte kaum nachhaltig sein.

Prof. Gabriel Felbermayr, Ph.D. Forschungsbereich Internationaler Handel, ifo Institut und Ludwig-Maximilians-Universität München:

Es braucht vor allem einen Schuldenschnitt. Wenn der Schuldenschnitt kommt, wird Griechenland sich kurz- bis mittelfristig nicht auf den privaten Finanzmärkten finanzieren können; das kann es jetzt auch nicht. Der Druck, Reformen durchzuführen, würde aber nochmals steigen.

Prof. Dr. Bernd Raffelhüschen Leiter des Instituts für Finanzwissenschaft I, Albert-Ludwigs-Universität Freiburg:

... es wäre ein Lösungsansatz für alle anderen!

Prof. Dr. Martin Kocher Lehrstuhlinhaber, Verhaltensökonomik und experimentelle Wirtschaftsforschung, Ludwig-Maximilians-Universität München:

Die Frage impliziert die Antwort. Ein Austritt macht nur Sinn, wenn gleichzeitig ein Großteil der Schulden Griechenlands erlassen wird. Selbst dann käme es zu massiver Kapitalflucht und zum Zusammenbruch des griechischen Finanzsystems. Bei der Größe Griechenlands ließe sich ein solches Szenario zwar kontrollieren, aber die Auswirkungen auf andere "Wackelkandidaten" im Euro-Raum sind fast unmöglich abzuschätzen.

Prof. Dr. Eckard Bomsdorf Seminar für Wirtschafts- und Sozialstatistik, Universität Köln:

Griechenland ist nicht Münchhausen, dem es gelang, sich samt Pferd am eigenen Schopf aus dem Sumpf zu ziehen.

Prof. Dr. Dirk Sauerland Lehrstuhl für Institutionenökonomik und Gesundheitssystemmanagement, Universität Witten-Herdecke:

Ein Austritt ist nur sinnvoll in in Verbindung mit einer Umschuldung der Anleihen.

Prof. Jürgen Kähler, Ph.D. Institut für Wirtschaftswissenschaft , Friedrich-Alexander-Universität Erlangen-Nürnberg:

Die Drachme würde sicherlich in eine Währungskrise geraten, aber die griechische Exportwirtschaft würde von der Abwertung profitieren. Der Austritt muss von einer Umschuldung begleitet werden.



Prof. Dr. Martin Werding Lehrstuhl für Sozialpolitik, Ruhr-Universität Bochum:

In Verbindung mit einem einigermaßen geordneten Staatsbankrott (Haircut) und Wechselkursanpassungen gegenüber der Eurozone könnte der lange und dornige Weg von Lohn- und Preisanpassungen in allen Sektoren, einschließlich der damit einher gehenden Verteilungskämpfe und politischen Risiken, vermieden werden.

Prof. Dr. Dr. h.c. Franz Peter Lang Institut für Volkswirtschaftslehre, TU Braunschweig:

Ein Austritt würde zunächst die Probleme dramatisch vergrößern und monetäre Verwirrung mit erheblichen spekulativen Kapitalbewegungen zu den ohnehin bestehenden konjunkturellen und budgetpolitischen Problemen hinzufügen.

Prof. Dr. Volker Nitsch Lehrstuhl für Internationale Wirtschaft, TU Darmstadt:

Ein Austritt Griechenlands macht nur Sinn, wenn er mit einem (partiellen) Default einher geht.

Prof. Dr. Michael Roos Lehrstuhl für Makroökonomik, Ruhr-Universität Bochum:

Durch die sofort resultierende Abwertung der Drachme würde der Wert der Schulden, die schon jetzt nicht mehr bedient werden, weiter steigen.

Prof. Dr. Ralf Fendel Lehrstuhl für Monetäre Ökonomik, WHU – Otto Beisheim School of Management:

Austritt ja; aber nur mit entsprechenden Schuldenerlass und Rekapitalisierung der griechischen Banken. Dies erscheint langfristig günstiger als fortgesetzte Rettungsprogramme.

Prof. Dr. Juergen B. Donges Emeritus am Institut für Wirtschaftspolitik, Universität Köln:

Griechenland könnte aus der EWU austreten, aber im Euro bleiben und einen Status wie z.B. Andorra (das auch den Euro hat) einnehmen. Der Schuldendienst bliebe unberührt. Trotzdem müsste der überfällige Schuldenschnitt gemacht werden, aber dies könnte in aller Ruhe geschehen.

Prof. Dr. Aloys Prinz Institut für Finanzwissenschaft II, Westfälische Wilhelms-Universität Münster:

Ein Austritt aus der EU (im Gegensatz zu einem Austritt aus der Währungsunion) scheint generell keine Lösung für Griechenland zu sein. Die Verschuldungsprobleme sind auch nicht durch einen Austritt aus der EU bzw. der Währungsunion möglich; hier hilft nur noch ein Schuldenschnitt. Ein Austritt aus der Währungsunion scheint dagegen - hinsichtlich der außenwirtschaftlichen Probleme Griechenlands - immerhin überdenkenswert.

Prof. Dr. Andreas Freytag Lehrstuhl für Wirtschaftspolitik, Friedrich-Schiller-Universität Jena:

Gemeinsam mit einer Umschuldung und einem Reformprogramm kann der Austritt aus der Währungsunion der griechischen Wirtschaft zu neuer Dynamik verhalfen.

Prof. Dr. Hans Jürgen Schlösser Zentrum für Ökonomische Bildung, Universität Siegen:

Die strukturellen Probleme Griechenlands würden durch einen Austritt nicht aus der Welt geschafft. Dieses Land muss sich neu erfinden. Ob das außerhalb der EU leichter ginge, bezweifle ich.



Prof. Dr. Helmut Wagner Lehrstuhl für Makroökonomik, Fern-Universität Hagen:

Wenn umfassende Strukturreformen politisch nicht durchsetzbar sind (wie es derzeit scheint), wird das die einzige Möglichkeit sein.

Dr. Dirk Schlotböller Referat Konjunktur- und Wachstumspolitik, Konjunkturanalyse, Wirtschaftspolitische Unternehmensbefragungen, DIHK:

Griechenland kommt nicht umhin, seinen harten Sparkurs wie zugesagt weiter voranzutreiben und die Wettbewerbsfähigkeit seiner Volkswirtschaft wiederherzustellen. Damit lässt sich langfristig auch ein scheinbar aussichtslos hoher Schuldenberg abtragen – wie es Belgien und andere Länder vorgemacht haben. Austrittsspekulationen hingegen beschwören vor allem neue Turbulenzen an den Finanzmärkten herauf.

Prof. Dr. Bernd Genser Lehrstuhl für Volkswirtschaftslehre, insbesondere Finanzwissenschaft, Universität Konstanz:

Eine Währungsreform erleichtert strukturelle Anpassung, aber erlaubt keine Bedienung der Auslandsschuld

Prof. Dr. Oliver Landmann Direktor der Abteilung für Wirtschaftstheorie, Albert-Ludwigs-Universität Freiburg:

Umgekehrt wird ein Schuh draus. Erst wenn die Politik die Realität anerkennt und einen substanziellen Schuldenschnitt vorgenommen hat, kann ein Austritt aus der Währungsunion (nicht aus der EU) zur Wiederherstellung der (zumindest preislichen) Wettbewerbsfähigkeit in Betracht gezogen werden.

Prof. Dr. Stefan Voigt Lehrstuhl für Volkswirtschaftslehre, Universität Hamburg:

Es würde Exporte erleichtern - und Importe verteuern - und deshalb so wirken wie ein riesiges Konjunkturpaket

Dr. Jörg Zeuner Chief Economist, VP Bank Gruppe:

Der Austritt kommt einem Zahlungsausfall gleich. Allerdings dürften dann auch viele Unternehmen und Banken zahlungsunfähig werden. Die Kosten wären höher als bei einem Zahlungsausfall des Staates innerhalb der Eurozone.

Prof. Dr. Manfred Königstein Lehrstuhl für Angewandte Mikroökonomik, Universität Erfurt:

Ein Austritt aus der EU bei weiterer Bedienung der Schulden in Euro wäre vermutlich der schlechteste aller Wege. Entscheidend ist ein Abbau der Altschulden und dass Griechenland fortan volle Eigenverantwortung und den entsprechenden Reformdruck verspürt. Ein Schuldenabbau im Sinne einer geordneten Insolvenz hielte ich für richtig.

Volker Hofmann Direktor Volkswirtschaft, EU-Politik und internationale Beziehungen, Bundesverband deutscher Banken:

Mit einem EU-Austritt wäre auch ein Austritt aus der EWU verbunden. Ohne wirtschaftliche Strukturreformen würde Griechenland zu einem permanenten Abwertungsland mit sehr hohen Zinsen. Ein Austritt aus der EWU würde auch einen Schuldenschnitt zur Folge haben.

FRAGE

Der DGB fordert, dass die Rentenversicherung Rücklagen künftig in Leistungsverbesserungen steckt, statt den Beitrag automatisch zu senken, wenn die Reserven für mehr als anderthalb Monatsausgaben reichen, wie es gesetzlich vorgesehen ist. Halten Sie diesen Vorschlag für sinnvoll?

Prof. Dr. Siegfried Franke Abteilung theoretische Volkswirtschaftslehre, Universität Stuttgart:
1 1/2 Monatsausgaben an Reserven ist schon lausig knapp. Das sollte eher erhöht werden.

Prof. Dr. Klaus Röder Lehrstuhl für Betriebswirtschaftslehre, insb. Finanzdienstleistungen, Universität Regensburg:
Leistungsverbesserungen kann man schlecht wieder zurücknehmen.

Prof. Dr. Thomas Gries Lehrstuhl für Internationale Wachstums- und Konjunkturtheorie, Universität Paderborn:

Wenn damit die Leistungsverbesserung für die jetzt Zahlenden gemeint wäre, wäre dies ein Schritt in ein Mischsystem mit Umlage- und Kapitaldeckung. Dies könnte Sinn machen. Leistungsverbesserungen für die jetzigen Empfänger macht wenig Sinn vor dem Hintergrund der demographischen Entwicklung.

Dr. Martin Gasche Forschungsbereichsleiter "Alterssicherung und Sozialpolitik", MEA - Mannheimer Forschungsinstitut Ökonomie und Demographischer Wandel:

Die Beitragssatzsenkungen sind nur mittelfristig. Spätestens ab 2019 wird der Beitragssatz aufgrund der demographischen Entwicklung stark ansteigen. Werden jetzt auch noch Leistungsausweitungen etabliert, steigt der Beitragssatz ab 2020 noch stärker.

Prof. Dr. Friedrich Breyer Lehrstuhl für Wirtschafts- und Sozialpolitik, Universität Konstanz:
Leistungsverbesserungen könnten nur temporär sein und würden unerfüllbare Erwartungen wecken. Beitragssenkungen würden dagegen Wachstumsimpulse setzen.

Prof. Dr. Ulrich van Suntum Lehrstuhl am Institut für Siedlungs- und Wohnungswesen, Westfälische Wilhelms-Universität Münster:

Die Gewerkschaften wollen ständig Geld ausgeben und wenn es dann weg ist, sollen die "Besserverdienenden" dafür zahlen. Sinnvoll und absolut notwendig wäre stattdessen eine Reservebildung im umlagefinanzierten Rentensystem, auf das ja hohe demografische Lasten zukommen.

Prof. Dr. Günter Franke Lehrstuhl für Betriebswirtschaftslehre insbesondere Internationales Finanzmanagement, Universität Konstanz:

Es wäre wichtiger, die Arbeitnehmer zu entlasten!



Prof. Dr. Carsten Hefeker Professur für Europäische Wirtschaftspolitik,
Universität Siegen:

Mittel-bis langfristig ist eine Senkung erforderlich und überfällig; eine vorherige Erhöhung wäre das falsche Signal.

Prof. Dr. Juergen von Hagen Lehrstuhl am Institut für International Wirtschaftspolitik,
Rheinische Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn:

Die Rentenversicherung sieht angesichts der demographischen Entwicklung Deutschlands einen großen Anstieg der Leistungen auf sich zu kommen, dem kein Anstieg in den Beiträgen gegenüberstehen wird. Dafür jetzt Rücklagen zu bilden ist vernünftig.

Prof. Dr. Karlhans Sauernheimer Lehrstuhl für Allgemeine und Außenwirtschaftstheorie,
Johannes-Gutenberg-Universität:

Leistungserhöhungen sind - wenn die Lasten wieder zunehmen und das tun sie bei schlechterer Konjunktur und aufgrund der demographischen Entwicklung mit Sicherheit - politisch nicht mehr rücknehmbar, so dass dann Beitragserhöhungen unumgänglich werden

Dr. Justina A.V. Fischer Lehrstuhl für Finanzwissenschaft, Universität Hamburg:

Die Menschen diskontieren die Zukunft zu stark ab und sparen daher zu wenig.

Prof. Dr. Bruno Schönfelder Lehrstuhl für Allgemeine VWL, TU Bergakademie Freiberg:

Das würde eine sowieso schon an den Lasten des Sozialstaates schwer tragende junge Generation ohne Not zusätzlich belasten und die falschen Signale setzen.

Prof. Dr. Thomas Apolte Lehrstuhl für Wirtschaftspolitik am Institut für Ökonomische Bildung,
Westfälische Wilhelms-Universität Münster:

Leistungsverbesserungen sind schlecht rückgängig zu machen. In ein paar Jahren schon wird der demographische Druck so groß, dass jede heutige Beitragssenkung ein Segen sein wird.

Prof. Dr. Dr. h.c. Franz Peter Lang Institut für Volkswirtschaftslehre, TU Braunschweig:

Besser ist es die Kostenseite der Unternehmen zu entlasten, als bürokratische Apparate zu fördern.

Dr. Boris Augurzky Kompetenzbereichsleiter Gesundheit, Rheinisch-Westfälisches Institut für
Wirtschaftsforschung e.V.:

Statt heutigen Rentnern, denen es noch sehr gut geht, Leistungsverbesserungen zu gewähren, sollten lieber Reserven für zukünftige Rentner aufgebaut werden, denen es einmal schlechter gehen wird als der heutigen Generation.

Prof. Dr. Michael Heise Chefvolkswirt und Leiter, Allianz Economic Research & Development:

Die Abgabenbelastung der Arbeitnehmer ist nach wie vor hoch. Jede Entlastungsmöglichkeit bei den Sozialversicherungsbeiträgen sollte genutzt werden.



Prof. Dr. Olaf Hübler Institut für empirische Wirtschaftsforschung, Leibniz-Universität Hannover:

Die Rücklagen sollten über die gesetzlich vorgeschriebenen Reserven hinaus aufgestockt werden. Ein Polster für die mit Sicherheit in einiger Zeit wieder zu erwartenden rückläufigen Einnahmen der Rentenversicherung ist notwendig.

Prof. Dr. Horst Löchel German Centre of Banking and Finance, Frankfurt School of Finance & Management:

Die staatliche Rentenversicherung sollte nicht weiter ausgebaut werden. Vielmehr sollten die Bürger lernen zunehmend mehr privat vorzusorgen.

Dr. Michael Stahl Geschäftsführer Volkswirtschaft/Bildung, Arbeitgeberverband Gesamtmetall:
Beitragssenkungen sind auch mit Blick auf Niedrigverdiener der bessere Weg.

Dr. Martin Gasche Forschungsbereichsleiter "Alterssicherung und Sozialpolitik", MEA - Mannheimer Forschungsinstitut Ökonomie und Demographischer Wandel:

Eine Beitragssatzreduktion ist nur vorübergehend möglich. Mittel- und langfristig kommt es in der GRV aufgrund der demographischen Entwicklung zu starken Beitragssatzsteigerungen. Dauerhafte Leistungsverbesserungen würden dieses hohe langfristige Beitragssatzniveau nur noch höher schrauben.

Prof. Gabriel Felbermayr, Ph.D. Forschungsbereich Internationaler Handel, ifo Institut und Ludwig-Maximilians-Universität München:

Rücklagen von 1,5 Monatsausgaben sind nicht gerade üppig. Ich halte aber Beitragssenkungen für die grundsätzliche beste Option.

Prof. Dr. Bernd Raffelhüschen Leiter des Instituts für Finanzwissenschaft I, Albert-Ludwigs-Universität Freiburg:

Der Beitrag steigt zukünftig ohnehin!

Prof. Dr. Martin Kocher Lehrstuhlinhaber, Verhaltensökonomik und experimentelle Wirtschaftsforschung, Ludwig-Maximilians-Universität München:

Es gibt ohnehin genug automatische Tendenzen, die die Rentenbeiträge erhöhen. Insofern ist ein gelegentlicher automatischer Ausgleich nach unten auf jeden Fall sinnvoll.

Prof. Dr. Eckard Bomsdorf Seminar für Wirtschafts- und Sozialstatistik, Universität Köln:

Kurzfristige - letztlich per saldo scheinbare - Verbesserungen führen in diesem Fall zu langfristigen Belastungen, diese sind auf Dauer nicht finanzierbar. Niedrigere Beiträge senden zudem positive Signale an den Arbeitsmarkt und führen aus verschiedenen Gründen auch zu höheren Renten bzw. einem höheren Rentenwert. Niedrige Renten aber sind nicht in erster Linie ein Problem der Rentenpolitik sondern der Löhne bzw. des Arbeitsmarktes. Dem Äquivalenzprinzip entsprechend sollten im Übrigen "zu niedrige" Renten ggf. nicht durch Beiträge, sondern aus Steuermitteln "aufgestockt" werden.



Prof. Dr. Martin Werding Lehrstuhl für Sozialpolitik, Ruhr-Universität Bochum:

Die demographische Entwicklung erlaubt ohnedies nur noch für sehr begrenzte Zeit kleinere Senkungen der Rentenbeitragsätze, danach werden sie trotz der bereits erfolgten Reformen zwei bis drei Jahrzehnte nur steigen. Für eine dauerhafte Abkehr vom Kurs der Reformen gibt es keine Spielräume, vorübergehende Abweichungen gefährden das bereits Erreichte.

Prof. Dr. Dr. h.c. Franz Peter Lang Institut für Volkswirtschaftslehre, TU Braunschweig:

Die Mittel sind besser bei den Privaten aufgehoben, als dass sie von der Rentenbürokratie unwirtschaftlich verwaltet würden.

Prof. Dr. Ralf Fendel Lehrstuhl für Monetäre Ökonomik, WHU – Otto Beisheim School of Management:

Die Schwankungsreserve sollte wieder ausgebaut werden, um das Rentensystem zu stabilisieren.

Prof. Dr. Juergen B. Donges Emeritus am Institut für Wirtschaftspolitik, Universität Köln:

Die Beitragssenkung hat den Zweck, die Kosten, die auf dem Produktionsfaktor Arbeit lasten, zu senken, was bekanntlich gut für die Beschäftigung ist - im Gegensatz zum DGB-Vorschlag.

Prof. Dr. Aloys Prinz Institut für Finanzwissenschaft II, Westfälische Wilhelms-Universität Münster:

Die Rücklagen der Rentenversicherung sind so gering, dass eigentlich deren Aufstockung erforderlich wäre. Eine Verausgabung über höhere Rentenzahlungen begünstigt die Rentnergeneration, wohingegen - wenn überhaupt - Entlastungen der Beitragszahlergeneration angezeigt sind, die zusätzlich privat für das Alter vorsorgen müssen.

Prof. Dr. Hans Jürgen Schlösser Zentrum für Ökonomische Bildung, Universität Siegen:

Die anderthalb Monate sind schon ein niedriger Wert, der aus Senkungen in der Vergangenheit hervorgegangen ist. Eine höhere Reserve ist durchaus angebracht.

Dr. Dirk Schlotböller Referat Konjunktur- und Wachstumspolitik, Konjunkturanalyse, Wirtschaftspolitische Unternehmensbefragungen, DIHK:

Die gute Einnahmesituation der Rentenversicherung sollte sich auch in einer Entlastung der Beitragszahler und Unternehmen widerspiegeln. Der derzeitige Mechanismus ist daher sinnvoll. Höhere Ausgaben gefährden dagegen die Stabilität der Rentenfinanzierung in Zukunft.

Prof. Dr. Bernd Genser Lehrstuhl für Volkswirtschaftslehre, insbesondere Finanzwissenschaft, Universität Konstanz:

Eine strukturelle Anpassung an die demographische Langfristentwicklung sollte nicht durch konjunkturellen Aktionismus überlagert werden.

Prof. Dr. Manfred Königstein Lehrstuhl für Angewandte Mikroökonomik, Universität Erfurt:

Erhalt oder Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft halte ich angesichts längerfristig bestehender Risiken für wichtiger.



Prof. Dr. Fred Wagner Institut für Versicherungslehre, Universität Leipzig:

Das Problem in der gesetzlichen Rentenversicherung ist nachhaltig - insbesondere durch die Demographie - geprägt und entschärft sich nicht durch kurzfristige Konjunkturschwünge, die zu einem (vorübergehenden) Reserveanstieg führen. Es wäre besser, solche Reserven soweit wie möglich fortzuschreiben.